



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
mecklenburg-  
vorpommern

Landesvorsitzender

Heinrich-Mann-Straße 18  
19053 Schwerin

Telefon 0385.581 10 50

Telefax 0385.581 10 49

post@dbb-mv.de

www.dbb-mv.de

17. Dezember 2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der dbb feierte vor einigen Tagen seinen 100. Geburtstag! Diese 100 Jahre waren von viel Licht, aber auch Schatten geprägt und wie weit bedingungsloser Gehorsam im Kaiserreich und vor allem in der Nazizeit geführt hat, wissen wir. Deshalb haben gerade in den letzten Jahrzehnten erfreuliche Entwicklungen dazu geführt, dass Zeiten duckmäuserischer Bediensteter vorbei sind. Wir wollen einen selbstbewussten öffentlichen Dienst und ebenso selbstbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet!

Mut macht uns dabei auch ein Indikator aus der infas Bürgerbefragung 2018, der für uns als dbb mecklenburg-vorpommern ein großer Erfolg gewesen ist. Er beweist, dass Bürgerinnen und Bürger Behörden und staatliche Einrichtungen für besonders wichtig erachten. Dabei haben all unsere Berufsgruppen und der privatisierte Dienstleistungsbereich ein hohes Ansehen, angeführt natürlich von Feuerwehr und Polizei. Immerhin plädieren 70 Prozent unserer Bevölkerung für einen starken Staat, der alle vor ausufernden Entwicklungen schützen kann. Erstaunlich dabei ist, dass dieselbe Anzahl von Menschen - bei Jüngeren sogar noch etwas mehr – der Überzeugung ist, dass unser Land keinesfalls für die Erledigung der Aufgaben zu viele Steuergelder verschlingt.

Angesichts dieser Werte wundern mich zwei Dinge:

Erstens ist es bemerkenswert, dass wir alle es trotz der schwierigen und immer schwerer werdenden Rahmenbedingungen überhaupt noch schaffen, unsere Aufgaben so professionell zu erfüllen, dass eine derart hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht wird. Und zweitens ist es nicht nachvollziehbar, dass die Politik nicht angemessen auf diesen Bürgerwillen reagiert, der sich schon über Jahre abzeichnet, und endlich überall Schluss macht mit unsäglichen Personalabbaukonzepten per Gießkanne, das jegliche Motivation eindampft und die Krankenstände in die Höhe schnellen lässt. Geht das so weiter, wird die Landespolitik zum Sargträger einer guten Leistungserbringung der öffentlichen Hand.

Sicher ist es so, dass an Brennpunkten, beispielsweise bei Polizei und in Teilen der Justiz, versucht wird, Abhilfe zu schaffen. Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Landesverwaltung besteht nun mal nicht nur aus Polizisten, Richtern und Staatsanwälten!

Daher ist es wichtig, alle Bereiche zu beleuchten, um Leistungsfähigkeit gegenüber jedermann zu wahren, anstatt sehenden Auges staatliches Handeln aufs Spiel zu setzen. Und das in einer Zeit, wo die Steuereinnahmen sprudeln und der Stabilitätsrat vor einigen Tagen Mecklenburg-Vorpommern eine vorbildliche Haushaltsführung bescheinigte.





Über Jahrzehnte hat die Politik die Bedürfnisse der Beschäftigten in Behörden, Einrichtungen und Verwaltungen komplett ignoriert, Warnungen in den Wind geschlagen und die Augen vor den verheerenden Folgen konsequent verschlossen. Wir wurden als Schwarzseher und ewige Nörgler bezeichnet. Scheinbar gelangt die Landespolitik nun zu der Erkenntnis, dass man in Zeiten schwerer werdender Nachwuchsgewinnung in einem Boot sitzt und dabei noch in dieselbe Richtung rudern muss. Auch das sollte uns Mut machen!

Als wirksame Interessenvertreter heißt es auch in Zukunft beim Thema "Gewalt gegen Beschäftigte" ‚wider den Stachel löcken‘ (Apostelgeschichte 26,14). Einig waren wir uns durch zunehmende Fälle von Übergriffen und Respektlosigkeit gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Rettungskräften oder Feuerwehr, dass Angriffe und Beleidigungen scharf zu verurteilen und konsequent zu verfolgen sind. Aus Sicht des dbb m-v sind erhöhte Fallzahlen von Gewalt gegenüber Bediensteten besorgniserregend.

Angesichts der steigenden Respektlosigkeit und der zunehmenden Verrohung sind energisches Gegensteuern und bessere Betroffenenbetreuung auf allen Verwaltungsebenen aus unserer Sicht dringend erforderlich.

Öffentliche Arbeitgeber, aber auch Bahn und Post müssen sich zwingend durch eine Unterstützung bei der Strafverfolgung vor betroffene Kolleginnen und Kollegen stellen. Opfern muss beigestanden werden! Deshalb waren wir – entgegen allen bis dahin gehörten Äußerungen - schon sehr verwundert, dass Angriffe auf Mitarbeiter der öffentlichen Hand nicht gesondert in die polizeiliche Kriminalstatistik aufgenommen werden sollen. Schlicht und ergreifend mit der Begründung, das wäre ein zu großer bürokratischer Aufwand – das ist schon starker Tobak! Wir alle können uns vorstellen, dass sich Betroffene angesichts solcher Botschaften wie doppelt bestraft vorkommen.

Neben den Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung, die uns alle in Atem hielt, haben wir in 2018 große Erfolge bei den Personal- und Betriebsratswahlen einfahren können. Allen Beteiligten, Kandidaten und Wählern von hier aus ein herzliches Dankeschön. Gerade im Lehrerbereich kommt es auf jeden zusätzlichen Sitz an, um dort die Herausforderungen der nächsten Zeit, wie beispielsweise die Reduzierung der Stundenverpflichtung, im Sinne der Kolleginnen und Kollegen bewältigen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die Motivation ist es ein wichtiges Signal – zumindest auf der monetären Seite – dass die Landespolitik aufgrund unseres gemeinsamen Drucks mit dem Besoldungsanpassungsgesetz 2018 beschlossen hat, Tarifabschlüsse bis zum Ende der Legislatur zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtenschaft zu übertragen. Das sollte auch für jede Beamtin und jeden Beamten ein guter Grund sein, mit dafür zu sorgen, Anfang nächsten Jahres einen guten Tarifabschluss einzufahren.

Darüber hinaus wurde eine elementare Forderung des dbb m-v erfüllt, indem künftig die Jahressonderzahlung in prozentualen Erhöhungsschritten dynamisiert wird. Die schleichende Entwertung hat damit ein Ende gefunden.

Bereits jetzt möchte ich in dem Zusammenhang auf einen wichtigen Termin zur Einkommensrunde am 23. Januar 2019 in Rostock aufmerksam machen. Sicher wird es dann erforderlich sein, die Potsdamer Verhandlungen machtvoll zu begleiten!

Aber, Geld ist nicht alles! Auch Gesundheitsmanagement, flexibler Renten- oder Pensionseintritt, Altersteilzeit oder die Verringerung der Stundenverpflichtung gehören zu einem guten Gesamtpaket dazu!





Als Teil des Paktes für Sicherheit der Landesregierung gilt es auch, die positiven Effekte der Erschwerniszulagenverordnung ab dem 1. Januar 2019 ständig weiterzuentwickeln. Als positiv ist u.a. die Erhöhung bisheriger Zulagen wie der Wechselschichtzulage und der Zulage für Beamte in den Spezialeinheiten zu betrachten. Auch die Schaffung völlig neuer Zulagen beispielsweise bei Spezialkräften und Hundeführern wird in den Revieren sehr positiv aufgenommen. Mit alledem ist ein wichtiger Schritt zur Aufwertung der Inneren Sicherheit und für das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger getan. Gleichzeitig wird das Interesse junger Leute geweckt, sich für einen Job bei der Polizei zu entscheiden. Fast schon als Weihnachtsgeschenk kann man den Landtagsbeschluss vom 12. Dezember bezeichnen, die Strafvollzugsbediensteten in die Wechseldienstzulagenerhöhung einzubeziehen. Gerade hier zeichnete sich unsere allumfassende Hartnäckigkeit gegenüber der Landespolitik bis hin zur massiven medialen Begleitung aus.

Allerdings müssen wir auch immer weiter darauf aufmerksam machen, dass diese Entscheidung von uns als Anfang eines Prozesses gesehen wird, denn unklar bleiben die Dynamisierung, die Ruhegehaltstfähigkeit wie in Sachsen und die Definition weiterer Erschwernisse.

Verhandlungsbereit zeigte sich Finanzminister Mathias Brodkorb bei der Honorierung von Erschwernissen bei den Feuerwehren und der Einführung einer Notfallsanitäterzulage, wie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bereits geschehen. Wir freuen uns für alle, die ab dem 1. Januar 2019 von den Verbesserungen profitieren, sehen uns aber genauso in der Pflicht, den Prozess weiterer Anreize bis hin zu einer möglichen Neuordnung aller Erschwernisse im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen weiter voranzutreiben. Mit dem Minister ist vereinbart, dass es bereits in Kürze eine erste Möglichkeit zu Verhandlungen gibt, wenn es nach einer erfolgreichen Tarifrunde mit den Ländern 2019 um die anschließende Besoldungsübertragung geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die von mir angerissenen Themen gestatten eigentlich kein Kürzertreten, dennoch sollten wir im Hinblick auf Ihre größtenteils ehrenamtliche Arbeit alle die bevorstehenden Feiertage besinnlich nutzen, um Kraft für die nächste Zeit und die nächsten Herausforderungen zu tanken.

Ich wünsche Ihnen allen, Ihren Partnern und Familien im Namen der dbb Landesleitung, aber auch in meinem persönlichen Namen, eine friedvolle Weihnacht, einen glücklichen und gesunden Übergang ins Jahr 2019 und verbleibe

herzlichst  
Ihr

Dietmar Knecht

